

1 Wohnen und Leben im Quartier

Kernaussagen

- Senior/innen wollen solange wie möglich in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und sich dabei ihre Selbstständigkeit erhalten. Dafür müssen die Voraussetzungen gesichert werden. Emotionale Faktoren wirken hier stärker als sachliche.
- Es gibt eine wachsende Bereitschaft zur individuellen Wohnmobilität und mehr Offenheit zu neuen Wohnformen.
- Der Anteil seniorengerechter Wohnungen in Brandenburg steigt, reicht jedoch nicht aus. Es gibt große regionale Unterschiede.
- Altersgerechte Wohnungsanpassung ist gewünscht und erforderlich, Beratungs- und Finanzierungsmöglichkeiten reichen nicht aus.
- Der Quartiersansatz, der auch altersgerechtes Wohnumfeld, Infrastruktur, Sicherheit und soziale Kontakte sowie verschiedene Wohnformen ermöglicht, steht bei allen Beteiligten im Fokus.

Handlungsoptionen

- Einheitliche bedarfsorientierte Strategie von Land und Kommunen, „Runder Tisch“
- Fördermöglichkeiten zusammenführen in ein Programm – mehr Information und Beratung/Anpassung der Gesetze
- Wohnraumanpassung (Beratungs- und Umsetzungsangebote, Finanzierung) analysieren und verbessern
- Anreize, Förderung, Standards für die Schaffung von mehr barrierearmen und kleinen bezahlbaren Wohnungen
- Verstärkte Motivation und Unterstützung der Wohnmobilität der Senior/innen (Umzug in kleine Wohnungen und alternative Wohnformen)
- Ansätze der Quartiersentwicklung stärken
- Selbstorganisierte Wohnprojekte stärker verbreiten und fördern
- Sicherheitsgefühl stärken durch Information und Aufklärung, Kooperation Seniorenbeiräte und Polizei, Nachbarschaftshilfe

2 Mobilität

Kernaussagen

- Senior/innen sind heute mobiler als je zuvor, mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis, Einschränkungen werden als Verlust an Selbstbestimmtheit und Lebensqualität wahrgenommen.
- Seniorenmobilität bewegt sich im Spannungsfeld konzentrierter, klimarelevanter Mobilität in berlinnahen Räumen und der Frage „WIE ist Mobilität älterer Menschen zu sichern in ländlichen Regionen“.
- Die Fußmobilität steht an der Spitze, wenn wichtige Wege im Wohnumfeld erledigt werden können. Sie ist die Freizeitaktivität Nummer 1.
- Das Auto ist bei zwei Dritteln der Senior/innen das favorisierte Verkehrsmittel. Unabhängigkeit, Transport schwerer Güter, bequemes Fahren und Lust auf Autofahren werden als Gründe genannt.
- Der ÖPNV wird weniger genutzt. Preise/Tarife, unpassende Verbindungen, fehlender Service, unverständliche Geräte sind Hinderungsgründe.
- Alternative Verkehrsangebote werden kaum genutzt, selbst wenn man davon gehört hat.

Handlungsoptionen

- strategisch lückenlose Mobilitätsketten von und zur Wohnungstür entwickeln und verschiedene Mobilitätsformen einbinden - Rufbusse, Ruf- und Linientaxis, Mitfahrgemeinschaften, privates (auch ländliches) Carsharing
- besonders im ländlichen Raum auf flexible, passgerechte Lösungen setzen, die dauerhaft etabliert und umgesetzt werden
- Mobilitätsknoten zwischen Fahrrad, Bus und Bahn planen und abstimmen
- Alternativen zum PKW bekannter machen und Interesse wecken durch Informations- und Lernangebote, Infomaterial, Erprobung
- ÖPNV Nutzung wieder „erlernen“ durch offensive, vielseitige Information, Mobilität-schulungen, Bedienungsfreundlichkeit von Geräten, flexible Preisgestaltung bei Tickets
- Potentiale des ÖPNV stärken: Taktzeiten, Linien und Routen, Umsteigebeziehungen, Tarifgestaltung, Serviceleistungen
- Barrierefreiheit, kurze Zu- und Abgangswege beim ÖPNV zum Maßstab machen

3 Gesundheit und Pflege

Kernaussagen

- Die Lebenszufriedenheit der Senior/innen und ihre funktionale Gesundheit sind insgesamt gut, es gibt gruppen- und regionalspezifische Unterschiede.
- Die Sorge um die Gesundheit steht bei den Senior/innen an erster Stelle, danach folgen mögliche Immobilität und Pflegebedürftigkeit.
- Die wachsende Gruppe 80+ stellt neue Anforderungen, die noch wenig erforscht und umgesetzt sind.
- Gute Seniorenpolitik als Prävention muss verstärkt werden und Pflegepolitik einbinden.
- Die medizinische und pflegerische Versorgung in BRB ist differenziert, es gibt viele gute Entwicklungen, die es auszubauen gilt.
- Gute Beratung wird zur zentralen Aufgabe.
- Familie und Umfeld sind als wichtigste Unterstützungsstruktur zu stärken.

Handlungsoptionen

- Gesundheitspolitik auf Prävention und Vermeidung von Pflege ausrichten
- Medizinische und pflegerischen Angebote erfassen und Ausgewogenheit sichern
- Pflegestützpunkte und Beratung ausbauen
- Barrierefreie Gesundheitszentren und Arztpraxen im ländlichen Raum als Anlaufstellen für Ältere ausbauen, Kooperation mit Pflegeanbietern
- Schwester AGNES-Modell erweitern
- Häusliche Pflege stärken, individuelles Pflegemanagement erleichtern
- Voraussetzungen für Pflege in Wohnung und Wohnumfeld schaffen
- Zusammenspiel zwischen professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Hilfe in Quartiersentwicklung einbeziehen
- Fachkräftesicherung und attraktivere Arbeitsbedingungen

4 Digitalisierung der Lebenswelt

Kernaussagen

- Digitalisierung betrifft zukünftig alle Bereiche der Gesellschaft in Stadt und Land und schafft Chancen für mehr Teilhabe, Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Der analoge Handlungsrahmen wird kleiner.
- Senior/innen haben ein nach Altersgruppen stark differenziertes digitales Nutzungsverhalten was Akzeptanz, Nutzungsgrad, Wissen und Gerätevielfalt betrifft.
- In der Mediennutzung dominieren klar Fernsehen, Radio und Festnetztelefon oder klassische Printmedien.
- Vier von 10 Senior/innen nutzen das Internet, vor allem für Kommunikation, Planung von Mobilität, Informationsgewinnung und Onlinebanking.
- Die digitalen Möglichkeiten technischer Unterstützung Wohnens, in Gesundheitsversorgung, Pflege oder Mobilität sind noch nicht im Fokus der Senior/innen.

Handlungsoptionen

- Ausbau von Bildungsangeboten zur Stärkung digitaler Akzeptanz (lebenslanges Lernen) Nutzen zeigen und Begeisterung wecken, an Lebenswelten anschließen, „Türöffner“ einbeziehen
- Sammeln guter Beispiele, mehr Informationen anbieten
- Schaffung technischer Infrastruktur - Breitbandausbau
- Barrierefreiheit klassischer und digitaler Medien sichern
- Aufklärung über Chancen und Risiken, Sicherheit im Netz
- Zeichnen eines positiven Bildes digitaler Möglichkeiten versus Berichterstattung über „Hackerangriffe“ (Verantwortung von Medien)
- Digitale Medien durch klassische Medien voranbringen
- klassische Medienangebote im ländlichen Raum sichern (fahrende Bibliothek)

5 Teilhabe

Begegnung – Beteiligung - Engagement

Kernaussagen

- Gewährleistung der gesellschaftlichen Teilhabe ist ein Ziel der Daseinsvorsorge, die gemeinsam mit den Senior/innen betrachtet, geplant und gestaltet werden soll.
- Selbstbestimmung und Eigenständigkeit, aber auch Selbstverantwortung der Senior/innen stehen im Mittelpunkt des aktiven Alterns.
- Für einen mit dem Alter wachsenden Teil der Senior/innen sind Begegnungsstätten und Vereine ein wichtiger Ort der Teilhabe.
- Mindestens ein Drittel der Senior/innen in BRB sind ehrenamtlich aktiv, ein weiterer Teil ist interessiert. Engagement hängt ab von sozialen und regionalen Faktoren und Angeboten und befindet sich im Wandel.
- Die Seniorenbeiräte im Land sind ein großes Potenzial als Schnittstelle zu den Senior/innen vor Ort und spielen für die Umsetzung der Leitlinien eine zentrale Rolle.

Handlungsoptionen

- Erhalt und Ausbau aktiver stabiler Begegnungsstätten (Personal, Räume, Finanzen) als Ort für die Vielfalt des Alters und den Generationendialog
- Basis dafür ist eine Bedarfs- und Nutzungsanalyse
- Erhalt und weitere Aktivierung von Engagement entsprechend der neuen Herausforderungen in Formen, Strukturen, Würdigung (veränderte Altersbilder, Altersarmut)
- Unterstützungsstrukturen für Engagement vor allem in schwachen Regionen stärken
- Stärkung der Seniorenbeiräte und des SRLB durch mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten, Weiterbildung und Nachwuchsgewinnung
- Teilhabe der Senior/innen sichern heißt in allen Bereichen der Politik, Potenziale, Besonderheiten und Ängste der Senior/innen in ihrer Vielfalt ernst zu nehmen und zu berücksichtigen, um Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken

Seniorenpolitik – Herangehensweise und Zielgruppen

Meinungsbilder aus den Interviews:

- Seniorenpolitik soll die Älteren in ihrer **Vielfalt** im Blick haben
- Seniorenpolitische Leitlinien sollen sich auf **Schlüsselbereiche** konzentrieren
- Es geht um die **Erfüllung der Grundbedürfnissen aller** Senior/innen

spezielle Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf:

- **die Gruppe der Hochaltrigen**
Sicherung der ärztlichen Versorgung und Mobilität, Unterstützung bei Bewegung und gesunder Ernährung
- **die Vereinsamten**
von der Politik wird das Anwachsen der Gruppe insbesondere im städtischen Raum betont
Zugang finden und einbeziehen, Einschränkungen im Datenschutz aufheben
- **Ältere mit geringem Einkommen**
von 7 Interviewten als wichtiges Thema der Zukunft benannt
Sicherung bezahlbaren Wohnraums, Sicherung von Versorgung u.a. auch mit Arzneimitteln und technischen Hilfsmitteln, Forderung nach verstärkter Armutsbekämpfung im Alter, damit Grundbedürfnisse erfüllt sind

Seniorenpolitik – Erwartungen und Anforderungen

Meinungsbilder aus den Interviews:

- Die Seniorenpolitischen Leitlinien sollen **klar formuliert** sein und **konkrete abrechenbare Ziele** enthalten
- Die Seniorenpolitischen Leitlinien sollen über alle verfügbaren Kommunikationskanäle **breit bekannt gemacht** werden
- Die Seniorenpolitischen Leitlinien sollen von Anfang an in Einheit mit möglichen **Maßnahmen zur Umsetzung und deren Finanzierung** entwickelt und dargestellt werden
- Die **Umsetzung der Maßnahmen soll in den Kommunen gemeinsam mit den Seniorenbeiräten** diskutiert und durch regionalspezifische Lösungen realisiert werden (Öffnung aller Ebenen in Land, Kreis, Kommunen)
- Der Aspekt der **Fortführung und Verstetigung erfolgreicher Projekte** im Rahmen fester Strukturen und Finanzierungen sollte bereits in der Konzipierung des Maßnahmenpaketes berücksichtigt werden
- Von einzelnen Befragten wurde auch die **verstärkte fachliche Beratung** bei der Entwicklung der Seniorenarbeit und ihrer Strukturen gewünscht

Seniorenpolitik – weitere Themen

Meinungsbilder aus den Interviews:

- regelmäßige **Sozialberichtserstattung** zur Entwicklung der **Altersarmut** und zum Angebot Armut verhindernder Maßnahmen seitens der Landesregierung
- Stärkung der Rolle der Senior/innen als **Verbraucher/innen** durch die Leitlinien
 - altersgerechte Gestaltung der Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichen Angebote (z.B. Automaten)
 - die Sicherung der Infrastruktur für Nahversorgung z.B. durch Dorfladenstrukturen
 - Schutz der Älteren vor sinnlosen Produkten und Dienstleistungen
- Zwei der Befragten sind der Meinung, die **Arbeitswelt der Senior/innen** kommt bei den Überlegungen zu kurz. Mehr Arbeitsangebote für Ältere, bessere Bedingungen für die längere Lebensarbeitszeit, flexiblere Modelle und gelingende Übergänge in die Rente wurden von ihnen eingefordert.
- Das Thema **Umgang mit Migrant/innen** wird von einer Befragten explizit angesprochen.
 - Abbau der Ängste der Senior/innen vor Flüchtlingen durch Aufklärung und Aktivitäten
 - mehr Beachtung der Interessen **älterer Migrant/innen** in Brandenburg